

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 12

Artikel: Lateinamerika-Uebersicht. Der Stand der "normalen Probleme"
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095552>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sowjetischer Bericht über westdeutsche Waffenlieferungen an China

Wahrheit, Lüge oder gute Idee?

Einem Bericht der sowjetischen Armeezeitung «Krasnaja Swesda» (Moskau, 22. 5. 1969, Nr. 117, S. 3) zufolge sollen die westdeutschen Exportlieferungen an China bereits 826 Millionen DM erreicht haben und überwiegend Produkte umfassen, die zur Erhöhung des chinesischen Kriegspotentials einen wesentlichen Beitrag leisten. Sogar die westdeutsche Presse habe zugeben müssen, dass mehr als 70 Prozent dieser Exporte aus Waffen oder solchen Erzeugnissen beständen, die für die Rüstungsindustrie bestimmt seien.

Schon im Jahre 1965 hatte die «Neue Rhein-Zeitung» über deutsche Flugzeug- und Schiffslieferungen an China berichtet. Durch die Vermittlung des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers Hans Joachim Seidenschneur wurden Peking Flugzeuge, Torpedoboote, Lastautos und elektronische Ausrüstungen verkauft. Ferner hatte er den Chinesen auch ein Spezialmaterial angeboten, mit dem der Beton den nuklearen Strahlungen gegenüber widerstandsfähig gemacht werden kann.

Wie aus einem AFP-Bericht hervorgeht, umfassen die oben angeführten westdeutschen Lieferungen u. a. die folgenden Einheiten: 20 Stück DC-6-Flugzeuge im Wert von je 200 000 Dollar, 50 Stück B-26-Flugzeuge zu 48 000 Dollar, 52 Stück T-58-Flugzeuge zu 54 000 Dollar, mehrere 160-Tonnen-Torpedoboote zu je 11 Millionen Dollar.

Nach der Darstellung der genannten sowjetischen Zeitung, spielte bei diesen Lieferungen auch die schweizerische Firma Gretler & Co. eine wichtige Rolle, indem sie für die Weiterleitung (Transit) der unter Embargo stehenden westdeutschen Produkte die nötigen Dokumente besorgte. In Hamburg sei diese Schweizer Gesellschaft durch einen gewissen Berger vertreten, der sich dort unter den Decknamen Firma Furmeister betätigte. Ferner unterhalte die Firma Gretler & Co. auch in jenen westdeutschen Städten Vertretungen, in denen für die Rüstungsindustrie elektronische Ausrüstungen erzeugt werden.

Die Hamburger Firma Erhardt-Renchen exportierte pro Jahr für mehr als 100 Millionen DM militärische Ausrüstungen nach China und gewährte bei dieser Gelegenheit auch zweijährige Lieferkredite. Auch die in Frankfurt a. M. befindliche DEMAG, die in Düsseldorf domizi-

lierte Firma Schlemann sowie die Essener Ferrostaal AG stellten der Chinesischen Volksrepublik militärische Ausrüstungen zur Verfügung.

Mit Berufung auf den Bericht einer westdeutschen Wochenzeitung erklärt die «Krasnaja Swesda», dass der deutsche Raketenspezialist Berthold Seeliger sich bereits seit 1966 in China be-

finde. Er verfüge über gute Kenntnisse über die Konstruktion von Mittelstreckenraketen. Neulich habe Peking auch einen zweiten deutschen Raketenfachmann (Pilz) engagiert. Sie würden in harten Valuten bezahlt.

Zu diesem Bericht der «Krasnaja Swesda» sei bemerkt, dass die westdeutschen Exporte nach China im Jahre 1967 zwar 826 Millionen DM erreicht haben, sich aber im Jahre 1968 auf 696 Millionen DM verminderten, was eine Rückläufigkeit von 15,8 Prozent darstellt. Diese Tatsache verschweigt die sowjetische Zeitung. Sie greift das Ergebnis des Jahres 1967 auf, um es als pars pro toto zur Schilderung des allgemeinen Trends der deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen darzustellen. Die propagandistische Methode ist natürlich irreführend, denn sowohl vorher als auch nachher waren die westdeutschen Exporte nach China wesentlich geringer als im Jahre 1967. Die Firma Gretler & Co. figuriert nicht im Handelskompas. *E. S.*

Lateinamerika-Uebersicht

Der Stand der «normalen Probleme»

Von Alphonse Max

Die neuen schweren Unruhen in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten, so vor allem in Argentinien, haben die komplexe Problematik des Kontinents wiederum in den Vordergrund gerückt. Die Uebersicht unseres Korrespondenten aus Montevideo zeigt noch andere wunde Punkte auf.

Trotz der zahlreichen regionalen und subregionalen Verträge, welche die lateinamerikanischen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet verbinden sollen, schreitet die Integration auf dem Kontinent nur schwerfällig voran.

Die Ursache ist vor allem psychologisch. Jedes Land misstraut dem andern wegen angeblichen Hegemonie-Ansprüchen, und die lateinamerikanischen Verhältnisse der Gegenwart scheinen kaum viel anderes als eine schlecht getarnte Balkanisierung.

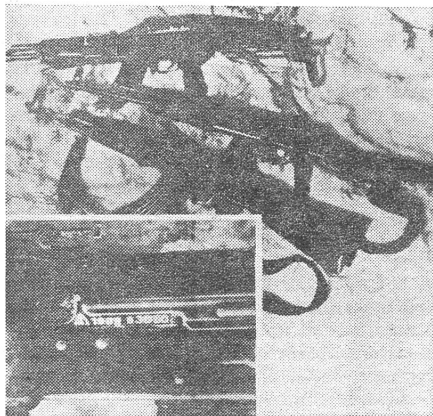
Ein Vertrag will zuviel

Diesen Zustand veranschaulicht unter anderm die Charta, welche Ende April von den Ländern des La-Plata-Beckens in Brasilia unterzeichnet wurde. Die Signatarstaaten Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay und Uruguay umfassen ein Gebiet von insgesamt 3,2 Millionen Quadratkilometer. Der Vertrag sieht wohl die Schaffung eines Koordinierungskomitees mit Sitz in Buenos Aires vor, aber übernationale Befugnisse werden ihm keine übertragen. Die Aussenminister der fünf Partner, die sich hier zur Zusammenarbeit verpflichteten, haben bei dieser Gelegenheit im Gegenteil die Souveränität der einzelnen Länder betont. Denn verschiedentlich war vor dem Treffen die Befürchtung ausgesprochen worden, dass der Vertrag internationale Geltung erhalten und dadurch die Durchführung gewisser nationaler Entwicklungsprojekte hindern könnte.

Es war vor allem Brasilien, das sich in dieser Hinsicht als misstrauisch erwies, was zum Teil auf argentinische Kritik zurückzuführen ist. In Buenos Aires hatte man mehrfach die brasiliani-

schen Stauwerke auf dem Parana-Fluss mit der Begründung beanstandet, sie würden den Wasserspiegel der Flüsse senken, die in das La-Plata-Becken münden, und so Argentinien wie auch andere Anrainerstaaten schädigen. Die brasilianischen Ingenieure stellen sich dagegen auf dem Standpunkt, dass die fraglichen Wasserwerke den Nachbarstaaten nützen, weil sie eine bessere Kontrolle des Parana-Flusses erlauben und dazu beitragen, die periodischen Ueberschwemmungen im Unterlauf des Flusses, die jeweils erheblichen Schaden stiften, zu vermeiden oder wenigstens zu verringern.

Der nunmehrige Vertrag zwischen den fünf Partnern verspricht viel und zu viel. Er sieht Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten vor: Schifffahrt, Wasserkraft, Pflanzen- und Tierschutz, Verbindungen, Elektroenergie, Industriestandorte, wirtschaftliche Ergänzung von Nachbarzonen, Erziehung, Gesundheit, Projekte zur Ausbeutung von Bodenschätzen. Die Aufzählung zeigt, dass die beabsichtigte Zusammenarbeit zu umfassend und ehrgeizig ist, als dass viel Konkretes daraus resultieren könnte. Weniger wäre mehr gewesen. Von Wichtigkeit sind eigentlich fast nur die Regulierung des Parana-Stromes einerseits und die Interkonexion von Stromerzeugung andererseits. Die andern Fragen behandelt eine jede Regierung ohnehin weitgehend für sich selbst, und die Koordinierung kann eigentlich nur eine Vollstreckung nationaler Entscheide sein. Ohne übernationale Rechte aber hat die Organisation der Länder des La-Plata-Beckens nicht die nötige Au-



Auch die Sowjets liefern China Waffen. Diese hier wurden allerdings bei einem Grenzgefecht von den Chinesen erbeutet. (Bild: «Hsinhua»)

(Fortsetzung auf Seite 7)

Entwicklung neben den Gefahren auch Vorteile sah.

Wer aber deshalb diese Richtung als zwangsläufig und unaufhaltbar ansah, übersah, dass das sowjetische Alternativverhalten, in einer Stärkung der eigenen Reihen, potentiell immer als Möglichkeit vorhanden war, falls die Politik des Zulassens Schiffbruch erleiden sollte. Und tatsächlich wurde ihr internationales Versagen, vor allem schon im eigenen «Lagerteil», gegen Ende der Chruschtschewschina immer deutlicher. Chruschtschew hatte noch Ende 1964 eine Weltkonferenz einberufen wollen, um dank der Unterstützung der mit larger Führung belohnten Satelliten und Bruderparteien seine Abrechnung mit China durchführen zu können. Aber er wurde gestürzt, bevor das Treffen stattfinden konnte, unter anderm vielleicht deshalb, weil sich der Misserfolg dieser Politik abzeichnete. Denn es zeigte sich plausiblerweise, dass die Kleinen, welche von der relativen Toleranz des einen Zentrums in seinem Kampfe gegen das andere Zentrum profitierten, ihres

Vorteils nicht dadurch verlustig gehen wollten, dass sie mit der Isolierung Chinas wieder den alten Zustand der straffen Führung wiederherzustellen halfen. Die Dankbarkeit, das musste man in Moskau enttäuscht feststellen, galt nicht der sowjetischen Führung, sondern dem Zwist. Damit war für Moskau der Zeitpunkt der Erkenntnis gekommen, dass sich in der Auseinandersetzung mit China die liberale Behandlung des Gefolges nicht bezahlt machte, sondern vielmehr zu einer eigengesetzlichen Liberalisierung führte, die Moskau nicht mehr stärkte, sondern schwächte. Deshalb hat sich die sowjetische Führung, allmählich erst und dann immer resoluter, von der Politik der Werbung abgewandt und die Politik des konsequenten Macht- und Autoritätszuwachses verfolgt. Es ist nicht zu leugnen, dass sie damit Erfolge gehabt hat. Noch nie war die sowjetische Einflussphäre geographisch so gross wie heute. Und die Disziplin innerhalb des eigenen Machtgebietes erreicht zwar noch nicht ganz einen

All-Time-Rekord, hat aber dank der Rückkehr zur direkten Einschüchterung, Gewaltanwendung und Drohung wenigstens für die nachstalinische Zeit präzedenzlose Ausmasse erreicht.

Bei diesem neuen Kurs bestand nun das Risiko, dass der Erfolg im eigentlichen Machtgebiet durch einen Misserfolg bei jenen nichtregierenden Kommunisten zu bezahlen sein werde, welche im nichtkommunistischen Ausland der Einschüchterung und Gewaltanwendung nicht direkt unterworfen werden konnten. Nun, wir hatten kurz vor dem Einmarsch in die CSSR im Hinblick auf jene Eventualität gesagt (siehe Nr. 17/1968), dass diese Gefahr für die Sowjetunion nicht gross und nicht dauernd sein werde. Auch im Kreml wird man ähnlich kalkuliert haben. Und das jetzige Kommunistentreffen ist — Unbehaglichkeiten hin oder her — der Beweis dafür, dass sogar diese Rechnung für den Kreml aufgegangen ist.

Christian Brügger

Lateinamerika-Uebersicht

(Fortsetzung von Seite 5)

torität, um den Mitgliedern bestimmte Massnahmen oder Projekte aufzuzwingen.

Wann kommen die diplomatischen Beziehungen zu Havanna?

Zurzeit bestehen Mutmassungen über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zum castristischen Regime in Havanna und die Wiederaufnahme Kubas in die Organisation Amerikanischer Staaten (OEA). Jedenfalls scheinen Venezuela, Chile und Uruguay eine Initiative in dieser Richtung zu befürworten. Ihre objektive Rechtfertigung ist eine andere Frage. Als Kuba 1964 aus der kontinentalen Organisation ausgeschlossen wurde, war das entscheidende Argument die nachgewiesene Einnischung der Castro-Regierung in die internen Angelegenheiten mehrerer lateinamerikanischer Staaten. In dieser Hinsicht hat sich jedoch nichts geändert. Offenbar benutzt Castro jetzt den Grund seiner seinerzeitigen Ausstossung, nämlich die Einnischung, als Pfand, indem er die Wiederaufnahme Kubas in die OEA mit dem Angebot erkaufte, sich der weiteren Intervention zu enthalten. Havannas gestiegenes Prestige in Lateinamerika und der Wunsch verschiedener Regierungen, sich mit der Gegenseite zu arrangieren, um der Opposition zuvorzukommen, helfen ihm dabei. So würde diese «Normalisierung» unter dem Vorzeichen der Schwäche und nicht der Stärke stehen.

Wie man sieht, wird an Ort getreten: Plus ça change, plus c'est la même chose. Ist Castro erst wieder in den lateinamerikanischen Hauptstädten diplomatisch vertreten, dürfte es klar sein, dass er seine Emissäre kaum nur zur Erfüllung des Protokolls entsenden wird.

Die Jugend in Lateinamerika (wie auch im restlichen Teil der Welt) sucht Abenteuer, und die Kubaner haben den Ruf, diese grosszügig zu organisieren. Die Guerillas haben als Jugendattraktion den Platz der Boy Scouts eingenommen, wobei sie allerdings bedeutend weniger harmlos sind

als die seinerzeit vom seligen Lord Baden-Powell aufgestellten Pfadfinder.

Besonders schlimm sieht es in Chile aus, wo sogar die jungen Christdemokraten gegen den Leiter ihrer Partei, den Staatspräsidenten Eduardo Frei, aufbegehren. Bei der Wahl des neuen Jugendvorstandes der Partei hat der «Rebellen-Sektor» einen überwältigenden Sieg davongetragen. Die Gruppe, die eine ganz offen prokommunistische Tendenz zeigt, hat eine Resolution gebilligt, in der es heisst, die Partei müsse «ihre Zweideutigkeit aufgeben und sich der Linken (den Kommunisten und den prochinesischen Sozialisten, die übrigens untereinander verstritten sind) anschliessen».

Der Stand der Gewalt

Der USA-Botschafter bei der OEA, Sol Linowitz, hat Washington vor der Möglichkeit «neuer Vietnams vor den Toren der Vereinigten Staaten» gewarnt. Die Gefahr sehr harter Zusammenstösse im Kontinent ist keinesfalls auszuschliessen, obgleich die Zukunftsaussichten castristischer Guerillas düster sind.

Der Tod des Präsidenten Boliviens, René Barrientos, erfolgte nach einer Serie von mindestens sieben missglückten Anschlägen auf sein Leben. Die Version, wonach der Helikopter, den er flog, in ein elektrisches Kabel geriet, ist nicht sehr überzeugend, schon weil es Indizien gibt, dass eine Zeitbombe in den vor dem Abflug unbewachten Hubschrauber gelegt worden war. Was die Kommunisten mit dem Tod von Barrientos politisch gewonnen haben, steht noch aus. Man erwartet, dass der voraussichtliche Nachfolger Barrientos, General Alfredo Ovando Vandía (früherer Ko-Präsident zusammen mit Barrientos und zurzeit der starke Mann Boliviens, der bei den nächsten Wahlen kandidieren und sie wahrscheinlich auch gewinnen wird), noch entschlossener gegen die Subversion vorgeht. Aber vielleicht gehört die Verhärtung der Fronten mit zur Kalkulation der Attentäter.

Die lateinamerikanischen Guerillas werden allerdings vom Problem interner Spaltung geplagt. Der Versuch zur Schlichtung ist vielleicht dem dominikanischen Bandenführer und ehemaligen

Militärattaché im Haag, Francisco Caamano Deno übertragen worden. Seine Anwesenheit in Venezuela, wo er eine Partisanengruppe leiten soll, ist bestätigt worden. Andererseits sind die Hoffnungen der venezolanischen Regierungskommission, ungefähr 200 Aufständische der «Nationalen Befreiungsfront» (FNL — wieder in das Leben der Nation einzugliedern, unterdessen einem starken Pessimismus gewichen. Anlass war die Veröffentlichung eines Briefes des vor kurzem aus Kuba zurückgekehrten Rebellenführers Douglas Bravo. In diesem Schreiben erklärte er unmissverständlich, er und seine Leute würden weiterhin mit der Waffe in der Hand kämpfen.

Auch weiter nördlich machen sich die Guerillas bemerkbar. In Mittelamerika erklärte der Kommandant der salvadorianischen Nationalgarde, er habe Beweise für das Bestehen eines Guerillaplans, der El Salvador, Nicaragua, Honduras und Guatemala umfasst. Eine grosse subversive Aktion sollte in El Salvador von der «Acion Revolucionaria Salvadoren» durchgeführt werden, mittels öffentlicher Kundgebungen, um die Behörden herauszufordern. Auch in Kolumbien sind die Dinge in Bewegung. Dort etwa wurden eben elf Partisanen in der Nähe von Medellín gefangen genommen. Bei dieser Gelegenheit beschlagnahmte man eine grosse Anzahl militärischer Ausrüstungen, Geld, Drogen, Lebensmittel, Kleidungsstücke, Propagandamaterial und eine komplette Ausrüstung für eine Guerillagruppe von 19 Mann.

Der Besuch des deutschen alt Bundeskanzlers Erhard in Lateinamerika und seine Ausführungen haben einige Wirtschaftsfachleute hier verärgert. Seine Ansichten, dass die lateinamerikanischen Länder protektionistische Zölle abschaffen sollten, auch wenn dadurch einige junge Industriezweige konkurrenzunfähig werden sollten (er bezeichnete es beispielsweise als «absurd», dass ein in Argentinien hergestellter Fiat 600 genauso viel kostet wie in Deutschland ein Mercedes-Benz) und dass die lateinamerikanische Freihandelszone (ALAIIC) notwendigerweise versagen müsse (die ALAIIC ist nach dem Muster der EFTA aufgebaut und nicht der EGW) fanden logischerweise eher Kritik als Anklage. ■